

Fischereipolitik

Situationsbeschreibung

Fisch ist die Haupteiweißquelle der Menschen; mehr Fisch als Fleisch wird auf der Welt gegessen; 143 Millionen Tonnen waren es 2006, davon rd. 100 Millionen Tonnen angelandeter Meeresfisch. 2,6 Milliarden Menschen decken ihren Bedarf an tierischem Eiweiß primär durch Fisch, und es gibt rd. 250 Millionen Kleinfischer, die vom Fischen leben.

Doch der Fischreichtum ist gefährdet. 80 % der weltweiten Fischbestände gelten als überfischt. Seit Anfang der 90er Jahre stagniert der Fang. Die Fischerträge auf der nördlichen Halbkugel gehen zurück, aber die Entnahme aus Gewässern der Entwicklungsländer hat enorm zugelegt. Dabei konkurrieren die reichen Gesellschaften dieser Welt um die letzten Fischressourcen und -gründe mit den Armen. Die Reichen nehmen den Armen ihren Fisch weg: teils weggekauft, teils weggefischt. 60 % des konsumierten Fisches in Europa wird importiert. Die europäischen Trawler suchen überall auf den Weltmeeren nach der begehrten Ware. Dabei dringen sie auch in die nationalen Hoheitsgewässer der Entwicklungsländer ein, denn den meisten Fisch gibt es nun einmal auf den Festlandssockeln vor Afrika und Südamerika. Die lokalen Kleinfischer mit ihren Minibooten haben gegen die riesigen Trawlern keine Chance.

Viel Fisch, den wir essen, stammt aus illegaler Fischerei. Die Plünderung der Meere der Entwicklungsländer ist kaum zu stoppen, denn die Fähigkeiten der Entwicklungsländer, ihre Fischgründe zu bewirtschaften und zu kontrollieren, sind beschränkt. Die industrielle Hochseefischerei mit ihren Fischfangmethoden zerstört das maritime Ökosystem und verschwendet große Meeresressourcen: 30 bis 50 % des Fangs sind Abfall (Beifang), der wieder zurückgekippt wird ins Meer. Die Überkapazitäten der weltweiten Fischereiflotten sind enorm; die in EU Gewässern operierenden Flotten haben allein 40 % mehr Fangkapazität als die EU-Fischressourcen und Fangquoten hergeben.

Die Kleinfischer z.B. an der westafrikanischen Küste verarmen, die Fischerdörfer verfallen und Fisch – ehemals ein Grundnahrungsmittel – wird knapp und für die Armen unbezahlbar. UNDP schätzt, dass 80-90 % der Fänge vor Afrikas Küste nicht durch einheimische Schiffe erfolgt.

Lösungsoptionen

Was getan werden müsste, ist allen Beteiligten klar. Die Frage ist nur: Wer hat die Macht und die Ressourcen es global durchzusetzen? Denn der Schutz des Gemeinguts „Meeresfischressourcen“ kann nur im internationalen Konsens erfolgen. Es gibt eine Reihe internationaler Abkommen, die in den letzten Jahren in Kraft traten:

- zur verantwortungsvollen Fischerei,
- gegen illegale, unregistrierte und undokumentierte Fischerei,
- ein Aktionsplan zum nachhaltigen Beitrag der Fischerei zur Ernährungssicherung,
- ein Internationaler Aktionsplan zum Management der Kapazitäten der Fischereiflotten.

Das Problem ist: Die Vorschriften sind zu schwach, der politische Wille zur Durchsetzung fehlt bei den Industriestaaten, die die Möglichkeiten hätten, und bei den Entwicklungsländern hapert es an Kapazitäten zur Umsetzung.

Die Fischereiabkommen die Europa seit Jahren mit Entwicklungsländern abschließt um Zugang zu deren Ressourcen zu erhalten, haben die Fischvorkommen stark dezimiert. Die Fangmengen der lokalen Fischer sind enorm zurückgegangen und die noch vorhandenen lokal gehandelten Fischarten decken den Proteinbedarf der Bevölkerung nicht mehr. Länder wie Senegal, Gabun und Angola haben die Abkommen daher ausgesetzt, bzw. weigern sich neue zu unterzeichnen. Andere Länder (Guinea, Elfenbeinküste, Pazifikstaaten) sind wegen ihrer geringen Infrastruktur in der Fischerei weiterhin gezwungen, wollen sie überhaupt Einnahmen aus dem Fischfang (besonders Tunfisch) der ausländischen Trawler erzielen, Abkommen abzuschließen. Mauretanien, ohne Fischereitradition und größter Profiteur von den Abkommen, glaubt allerdings nur dadurch illegalem Fang vor seiner fischreichen Küste zu entkommen. Heute heißen diese neuen EU Fischereiverträge „Partnerschaftsabkommen“, aber

alle Kleinfischerverbände in den EL beklagen, dass die für die handwerkliche Fischerei vorgesehenen Mittel in diesen „neuen“ Abkommen niemals bis zu ihnen vordringen. Daher lehnen sie diese Abkommen mit der EU in ihrer jetzigen Form grundsätzlich ab, zumal sie zur Bekämpfung des Hauptproblems, der illegalen Fischerei in den Gewässern armer Länder, so gut, wie nichts beitragen.

Bezug zur aktuellen Welternährungspolitik

Der aktuelle Entwurf des Positionspapiers zum WEG sagt über Fischerei so gut wie nichts aus. Erwähnt wird der Fisch nur am Rande, z.B. dass in nachhaltiger Bewirtschaftung von Fischressourcen investiert werden sollte, um dem Klimawandel zu begegnen. Der Entwurf des Abschlussdokuments verspricht allerdings auch der „handwerklichen Fischerei“ besondere Aufmerksamkeit zu schenken, im gleichen Atemzug wie dem kleinbetrieblichen Ackerbau und der Viehzucht. In dem reformierten Komitee für Ernährungssicherheit CFS werden die „handwerklichen Fischer“ besonders hervorgehoben als wichtige Vertretung der Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sitz in dem CFS haben sollen.

Man muss die hervorragende Rolle anerkennen, die die FAO bei der internationalen Fischereipolitik spielt. Unter ihr sind verschiedene Abkommen konzipiert worden, und sie verwaltet sie. Ein weiteres Argument, warum die internationale ordnungsrechtliche Funktion der FAO gestärkt aus dem Reformprozess hervorgehen sollte.

Unsere Positionen dazu

Die Überfischung der Weltmeere muss aufhören; die Bestände müssen die Gelegenheit bekommen sich wieder zu erholen. Die Veränderungen, die sich in der Meeresökologie und in dem Lebensraum der Fische abspielen, müssen wissenschaftlich und unabhängig beobachtet werden. Die Fischereikapazitäten weltweit müssen abgebaut werden. Die industrielle Fischerei darf keine Subventionen mehr erhalten. Die Entwicklungsländer müssen in die Lage versetzt werden, die Kontrolle über ihre 200 Meilen Zone effektiv auszuüben und dort keine unautorisierten Fischerboote zulassen. Wir fordern die Aufhebung des Zwangs für EL, ihre Fischressourcen zur Bewirtschaftung durch fremde Flotten freizugeben (Art 62,2 Seerechtsübereinkommen, 1982), wenn sie selbst nicht in der Lage sein sollten, sie zu nutzen. Die effektive Umsetzung der EU Verordnung 1005/2005 gegen die Piratenfischerei muss durchgesetzt werden; die Entwicklungsländer brauchen dazu Unterstützung, damit diese Verordnung nicht zum Ausschluss der Kleinfischerei am Handel mit der EU wird. Ein wirksames gemeinsames Monitoring der vereinbarten Rückverfolgbarkeitssysteme beim Fischhandel muss implementiert werden, damit kein illegal gefangener Fisch auf die europäischen Ladentheken und Kühlregale kommt. Die Kleinfischer brauchen privilegierten Zugang zu den nationalen Fischgründen, z.B. durch die Sicherung ihrer exklusiven Fangrechte in der 12-Meilenzone. Die industriellen Fischereimethoden müssen sich ändern, damit der Beifang reduziert wird, die jungen Fische überleben und die Brutstätten in den Meeren nicht geschädigt werden.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung

- Die Bundesregierung muss sich im Rahmen der Neuformulierung der Gemeinsamen Fischereipolitik bei der EU dafür einsetzen, dass das Abwracken der EU-Fischereiflotte beschleunigt erfolgt, alle Subventionen an die Fischerei, die außerhalb unserer Fischgründe operiert, auslaufen, und dass das Abkommen zur Rückverfolgbarkeit der Fänge und zur Reduzierung des Beifang wirksam eingehalten wird. Die existierenden Fischereiabkommen mit Entwicklungsländern (aktuell 26) müssen auslaufen und Neuverhandlungen nur auf Wunsch von EL erfolgen, wenn sie entwicklungspolitische und ökologische Ziele erfüllen. Die Entwicklungshilfe für eine einheimische Fischereiwirtschaft, die dem Ziel der Ernährungssicherheit dient, ist aufzustocken. Sie sollte beitragen zum
 - Erhalt der Meeresökologie, der Fischereiressourcen
 - der Entwicklung einer nachhaltigen, küstennahen Kleinfischerei,
 - einer verbesserten Infrastruktur für die Verarbeitung, Lagerung und den Transport der Fänge; damit fördert sie aktiv Frauen deren Aufgabe das vornehmlich ist.

Rudolf Buntzel, Evangelischer Entwicklungsdienst, Tel.: 0228-8101-2355